

German Angst und der Zusammenbruch des deutschen Modells?

Europa steuert auf eine dunkle, kalte und verwirrende Jahreszeit zu.

Hiroomi Fukuzawa

1. das deutsche Modell in der Krise
2. die Energiekrise und ihre negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung
Zuallererst die absolute Sicherung der Gasversorgung / Maßnahmen gegen steigende Gaspreise und zur Unterstützung der unter der Inflation leidenden Bürger / Das deutsche Modell bricht zusammen und ein Wirtschaftswachstum wird für einige Zeit nicht möglich sein / Rechtsruck innerhalb der EU und die Popularität der deutschen AfD.
Der Zusammenbruch des deutschen Modells bedeutet, dass für einige Zeit kein Wirtschaftswachstum möglich sein wird / Rechtsruck in der EU und die Popularität der deutschen AfD
3. hybrider Krieg
4. Furcht vor einem Atomkrieg durch Putin
Kernkraftwerk Sapolija / Furcht vor einem Atomkrieg
5. Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine

1. das deutsche Modell in der Krise

Den Deutschen wird von Menschen in anderen Ländern nachgesagt, dass sie pessimistisch und ängstlich sind, sobald etwas schief läuft. Im Gegensatz dazu sind die Italiener weniger pessimistisch und glauben, dass, wenn es heute nicht gut läuft, es morgen besser sein wird.

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland mühte sich Deutschland mit dem Wiederaufbau des ehemaligen Ostdeutschlands ab, genießt aber als Land mit der größten Wirtschaftskraft und der höchsten Bevölkerungszahl in der EU Wohlstand. Das Land überstand den Lehman-Schock, und als der Klimawandel zum Thema wurde, war es das erste Industrieland, das auf erneuerbare Energiequellen für Strom umstieg. Und sie war erfolgreich. Nach 16 Jahren Merkel'scher Langzeitregierung kam Ende letzten Jahres die Ampel-Regierung von Bundeskanzler Scholz (SPD, Grüne, FDP) an die Macht und setzte die Segel unter dem Banner der ökologischen Sozialreform mit dem

ehrgeizigen Ziel, die Wohlstandsgesellschaft fortzuführen und gleichzeitig dem Klimawandel zu begegnen.

Nach dem Jahreswechsel schwebte jedoch eine dunkle Wolke über der Zukunft. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hatte begonnen und legte die Achillesferse Deutschlands - seine Wirtschaft und Gesellschaft - offen. Die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft war auf eines angewiesen: billige Kohle, Erdöl und Erdgas aus Russland, die über viele Jahre hinweg eine stabile Versorgung darstellten. Das deutsche Wohlstandsmodell, das sich auf eine starke internationale Wettbewerbsfähigkeit stützt, wurde auf dieser Grundlage aufgebaut. Im Rahmen des von der neuen Regierung angestrebten grünen Wirtschaftswachstums wurde auch dem russischen Erdgas eine zentrale Rolle als Übergangsenergie zugewiesen. Angesichts all dessen ist es nicht verwunderlich, dass Deutschland den Verdacht hegt, eine besondere Beziehung zu Russland zu unterhalten, die über die geopolitischen Beziehungen hinausgeht.

Die Geschichte zeigt, dass die beiden Länder in der neueren Geschichte eine enge Beziehung zueinander hatten: Bereits im 18. Jahrhundert stammte die Kaiserin Katharina (auf Russisch Jekaterina II.) aus Deutsch-Preußen. Der Revolutionär Lenin wurde auch vom Deutschen Reich unterstützt, und die russischen Revolutionäre setzten große Hoffnungen auf eine sozialistische Revolution der Arbeiterklasse in Deutschland, wo das revolutionäre Bewusstsein hoch war. Hitler und Stalin, das große Übel des 20. Jahrhunderts, haben sich zusammengetan, obwohl sie jeweils andere Interesse vorhatten. Während des Kalten Krieges waren fast eine halbe Million sowjetische Soldaten in Ostdeutschland stationiert. Und junge Ostdeutsche beteiligten sich am Bau der Druschba-Pipeline (Freundschaft) für den Transport von Öl aus Russland. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden unter dem Motto "Wandel durch Handel" fossile Brennstoffe aus Russland gegen Investitionen und Technologie aus Deutschland getauscht.

So ist die deutsche Wohlstandsgesellschaft entstanden. Nun steht das deutsche Modell wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine und letztlich

wegen der Energiekrise vor dem Aus. Es ist verständlich, dass die Deutschen von der "German Angst" erfasst werden.

2. Die Energiekrise und ihre negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung

Nach dem Einmarsch des russischen Militärs in der Ukraine hat die Energiekrise die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Im Rahmen seiner Wirtschaftssanktionen gegen Russland hat Deutschland im August dieses Jahres erstmals die Einfuhr von Kohle, die auf dem Weltmarkt gesichert werden kann, verboten. Öl wird noch importiert, aber bis Ende des Jahres wird es verboten sein. Das Problem ist das Erdgas, das für die Heizung und die Industrie unbedingt benötigt wird. Die Gasnachfrage liegt bei 36 % für die Industrie, 30 % für die Haushalte, 13 % für die Elektrizitätswirtschaft und 12 % für den Handel und die Dienstleistungen.

Erstens die absolute Sicherung der Gasversorgungsmenge

Die Versorgung mit Erdgas aus Russland ist seit dem Sommer unterbrochen und Ende September vollständig eingestellt worden. Aus diesem Grund versucht Deutschland, verflüssigtes Erdgas (LNG) aus der ganzen Welt zu sichern. Gleichzeitig werden seit dem Sommer in großer Eile die für die Einfuhr von LNG erforderlichen Terminals gebaut. Vier schwimmende Terminals sollen bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden.

Bisher wurden Importe aus Katar, Saudi-Arabien und anderen Ländern, die die Menschenrechte missachten, so weit wie möglich vermieden, aber seit Februar sind sowohl Bundeskanzler Scholz als auch Wirtschaftsminister Habeck auf dem Weg zu Verhandlungen. Sie haben auch Kanada und die USA besucht, um über die Einfuhr von Schiefergas aus Fracking zu diskutieren. Dies ist jedoch widersprüchlich, da die Gasförderung durch Fracking in Deutschland verboten ist.

Gas wird von nun an zum Heizen benötigt, aber bis zum Sommer kommt es aus Russland und jetzt aus dem Vereinigten Königreich, Norwegen und den Niederlanden, so dass die Speicher derzeit zu mehr als 95 % gefüllt sind. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass das Land diesen Winter überstehen

wird, aber der Winter 2023/24 dürfte schwieriger werden, da es keine Gaslieferungen aus Russland geben wird.

Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Gaspreise und zur Unterstützung der von der Inflation betroffenen Bürger

Das nächste Problem ist der steigende Gaspreis. Letztes Jahr kostete Gas aus Russland 25 € pro MWh, während es auf dem europäischen Spotmarkt derzeit mit 300 € gehandelt wird. Die deutschen Gasunternehmen müssen dieses überbezahlte Gas einkaufen und zum vertraglich vereinbarten Preis an ihre Kunden liefern, was Deutschlands größtes Gasunternehmen, Uniper, an den Rand des Bankrotts getrieben hat. Wirtschaftsminister Habeck versuchte zunächst, die Gasunternehmen durch die Einführung einer Umlage zu retten, was die Bürger aber noch mehr gekostet hätte, so dass er sich nach einer langen Debatte schließlich für die Verstaatlichung der Unternehmen entschied.

Das dritte Problem ist, dass die untere Mittelschicht, die 1/3 bis 1/4 der deutschen Bevölkerung ausmacht, sich die explodierenden Heizkosten nicht mehr leisten kann. Nicht nur die Heizkosten, sondern auch Strom und Lebensmittel sind teurer geworden, und die Inflation lag im September bei über 10 %. Wenn nur diese nationalen Gruppen gerettet würden, zum Beispiel auf der Grundlage der Höhe der Einnahmen aus den Steuererklärungen, wäre das möglich, aber im digital rückständigen Deutschland, wo man hauptsächlich mit Papier und Fax arbeitet, würde das dauern. Es handelt sich also um eine schnelle und einfache Gießkannepolitik. Dies wurde als Versäumnis des deutschen Systems kritisiert.

Auch in der Industrie können Unternehmen, die Gas als Rohstoff oder Brennstoff verwenden - wie z. B. Bäckereien - ihre Gasrechnungen nicht mehr bezahlen, und die Insolvenzen kleiner und mittlerer Unternehmen nehmen zu. Die Zahl der Konkurse ist um 34 % höher als im September letzten Jahres. Die vorgeschlagene Gasumlage, die von allen Bürgern gezahlt werden sollte, wurde fallen gelassen, und ein von der Regierung eingesetzter 21-köpfiger Beratungsausschuss arbeitete über Nacht am Wochenende an einem Vorschlag, der am 10. Oktober veröffentlicht wurde.

Zunächst werden die Gas- und Fernwärmerechnungen für Dezember im Voraus bezahlt. Außerdem wird der Preis für Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen ab März für 14 Monate auf 12 Cent (16,8 Yen) pro kWh für 80 % des Vorjahresverbrauchs gesenkt. Das ist übrigens fast die Hälfte des aktuellen Preises von 23,55 Cent (¥33), aber nicht weniger als 6,22 Cent (¥8,7) von 2021. Für industrielle Gasverbraucher wird der Preis ab Januar nächsten Jahres für 16 Monate auf 7 Cent pro kWh für 70 % des Vorjahresverbrauchs gesenkt.

Das vierte Problem sind die finanziellen Mittel. Das dritte Rettungspaket beläuft sich auf 65 Mrd. EUR (9,1 Billionen JPY), und zusammen mit den beiden vorherigen Rettungspaketen belaufen sich die Kosten für die Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise auf 200 Mrd. EUR (28 Billionen JPY). Dies entspricht knapp der Hälfte des Staatshaushalts. Die Beschaffung solcher großer Geldbeträge erfordert in der Regel eine defizitäre Haushaltsführung. Finanzminister Lindner hat jedoch versichert, dass die verfassungsmäßige Schuldenbremse (das Haushaltsdefizit darf 0,35 % des BIP nicht überschreiten), die in den letzten beiden Jahren aufgrund der Corona-Krise aufgehoben wurde, im nächsten Jahr wieder eingeführt wird. Stattdessen wird ein spezieller Vermögensfonds eingerichtet, der jedoch weiterhin eine Schuld darstellt.

Der deutsche Bundeshaushalt beläuft sich in diesem Jahr übrigens auf 457,6 Milliarden Euro (64,6 Billionen JPY). In Japan sind es 107,6 Billionen Yen. Deutschlands Staatsverschuldung beläuft sich auf 232,1 Mrd. EUR (324,9 Billionen JPY), während Japans Verschuldung seit sechs Jahren in Folge am höchsten ist und sich auf 1241 Billionen JPY beläuft. Was das Verhältnis zur DGP betrifft, so liegt Deutschland bei 72,5 %, Japan bei 256,9 %. Im Vergleich zu anderen westlichen Ländern ist Deutschland ein ausgezeichneter Schüler.

Weder die Landesregierungen noch die Kommunen sind finanziell in der Lage, sich das zu leisten. Deshalb haben sie die Bundesregierung um finanzielle Unterstützung gebeten, und die Bundesregierung und 16 Ministerpräsidenten der Länder kamen im Oktober zu einer MPK (Ministerpräsidentenkonferenz) zusammen, aber es wurde kein Kompromissvorschlag erzielt. Die Frustration auf Seiten der

Landesregierungen wächst. Die MPK ist ein wesentliches Merkmal des föderalen Systems, in dem die Koalition der Ministerpräsidenten der Bundesstaaten die Interessen der Bundesstaaten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit vertritt und manchmal mit der Bundesregierung in Konflikt gerät. Besonders häufig kommt es zu Konflikten über die Verteilung der finanziellen Mittel und die Aufteilung der Zuständigkeiten. So ist beispielsweise die Landesregierung für die Schulbildung zuständig, aber als die Bundesregierung anbot, ein Budget zur Verfügung zu stellen, wurde sie als unerwünscht abgetan, wenn sie sich einmischen wollte. Derzeit haben acht der 16 Bundesländer einen SPD-Ministerpräsidenten, sechs weitere CDU/CSU-Ministerpräsidenten und die restlichen zwei einen Ministerpräsidenten von den Grünen und der Linkspartei.

Auch innerhalb der EU wird der Wind gegen Deutschland immer stärker. Andere Mitglieder, vor allem Italien und Spanien, haben das reiche Deutschland für sein "German-first"-Verhalten kritisiert, das auf dem Gasmarkt nach Belieben aufkauft, die Preise in die Höhe treibt und andere Länder in Mitleidenschaft zieht. Sie schlugen die Schaffung der Rettungsfonds vor, dies lehnt Deutschland jedoch ab und argumentiert stattdessen, dass es über die verbleibenden 806,9 Milliarden Euro (113 Billionen Pfund) des Corona Recovery Fonds verfügt, die zur Bewältigung der aktuellen Energiekrise verwendet werden sollten. Auf diese Weise muss die Bundesregierung ihre Interessen zwischen der EU und den Landesregierungen ausbalancieren.

Wirtschaftswachstum für einige Zeit unwahrscheinlich, da das deutsche Modell zusammenbricht

Als fortschrittliches Industrieland plante Deutschland, Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu nutzen und auch Wasserstoff zu verwenden, um in seiner Industrie Null CO₂-Emissionen zu erreichen. Ziel war es, das Wirtschaftswachstum zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern und Wohlstand für die Mehrheit der Bevölkerung durch das deutsche Grüne Modell zu schaffen. Nun aber ist das auf billigen russischen fossilen Brennstoffen aufgebaute Wirtschaftswachstumsmodell gescheitert, und für das nächste Jahr wird ein negatives Wachstum erwartet.

Steigende Energiepreise werden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie schwächen und die Exporte werden stagnieren. Die Unternehmen beginnen auch, das Land zu verlassen, wo Energie billiger ist, so dass die Beschäftigung ebenfalls zurückgehen wird. Einige Sektoren leiden jedoch unter Arbeitskräftemangel und könnten mit Hilfe von Umschulungsmaßnahmen aus den rückläufigen Branchen in neue Sektoren wechseln. Wirtschaftsminister Habeck sagt, dass Deutschland noch einige Zeit arm sein wird. Dennoch hat das Ampelregierung das Ziel, bis 2030 80 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, nicht aufgegeben. Letztlich geht es nur darum, dass Deutschland als Land einen Beitrag zur Lösung des Problems des Klimawandels leistet.

Rechtsgerichtete Tendenzen in der EU und die Popularität der AfD in Deutschland

Weitere rechtsgerichtete Regierungen innerhalb der EU haben sich in Italien und Schweden gebildet. In Zeiten sozialer Instabilität ist Populismus weit verbreitet, und auch die Politik, die das eigene Land in den Mittelpunkt stellt, wird von den Bürgern bevorzugt. In Deutschland gewinnt die rechte Partei AfD (Alternative für Deutschland), die 2001 mit einem Anti-EU-Programm gegründet wurde, langsam an Stärke, da die öffentliche Unzufriedenheit aufgrund der durch den Krieg in der Ukraine verursachten Energiekrise wächst. Bei der Bundestagswahl im letzten Herbst erhielt sie 10,3 % der Stimmen, 2,3 % weniger als bei der vorherigen Wahl, aber in der ZDF-Umfrage von dieser Woche ist ihre Unterstützung auf 15 % gestiegen.

Die AfD ist eine Partei mit vielen internen Streitigkeiten, und seit ihrer Gründung vor 10 Jahren haben vier Parteiführer das Handtuch geworfen. Seit der Bundestagswahl im letzten Jahr fanden vier Landtagswahlen statt, alle in Westdeutschland, und die Partei verlor in den ersten drei Bundesländern Stimmen, verdoppelte aber ihre Stimmenzahl bei der Wahl im Oktober in Niedersachsen fast auf 10,9 %, wobei sie die Energiekrise in Deutschland als Argument gegen die Unterstützung der Ukraine nutzte. Es ist unheimlich, dass im parteiinternen Machtkampf immer mehr radikale und rechtsgerichtete Figuren und Gruppen an die Macht kommen. Umfragen zeigen, dass 60 % der AfD-Wähler aus Protest gegen andere Parteien

gewählt haben und nicht, weil sie sich mit den politischen Inhalten der Partei identifizieren.

3. hybride Kriegsführung

Die digitale Sabotage und die Sabotage der Infrastruktur eines gegnerischen Landes anstelle von direkten Kampfhandlungen wird als hybride Kriegsführung bezeichnet. Darüber hinaus wird Russlands Taktik, die ukrainische Zivilbevölkerung und Infrastruktur anzugreifen und die umliegenden Länder in die Flucht zu schlagen, ebenfalls als Teil der hybriden Kriegsführung betrachtet. Seit der Invasion haben 10 Millionen der 44 Millionen Einwohner der Ukraine ihre Heimat verlassen. Sechs Millionen von ihnen sind aus ihren Schwierigkeiten in die EU geflüchtet. Vier Millionen sind ins benachbarte Polen und eine Million nach Deutschland geflohen. Da die Männer zurückgeblieben sind, um zu kämpfen, machen Frauen 64 % der Bevölkerung aus, wobei 35 % der Bevölkerung unter 18 Jahre alt sind. Die Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter hat 200 000 erreicht.

Der Unterschied zum Flüchtlingszustrom 2015/16 besteht darin, dass Flüchtlinge aus der Ukraine ohne Visum in die EU einreisen und sich frei von Land zu Land bewegen können. Wenn sie sich bei den örtlichen Behörden in Deutschland anmelden, haben sie Anspruch auf Sozialleistungen. Es sind die Kommunen, die die Flüchtlinge konkret aufnehmen, indem sie für die Unterbringung, den Lebensunterhalt und die Aufnahme in Schulen sorgen, aber sie schreien, dass die vom Bund bereitgestellten 2,8 Milliarden Euro überhaupt nicht ausreichen.

Im Gegensatz zu den Flüchtlingen, die vor sieben Jahren aus Syrien kamen, haben die ukrainischen Flüchtlinge die Hoffnung, nach Beendigung des Krieges in ihre Heimat zurückzukehren. Für die Gastgeber ist es schwierig, langfristige Pläne zu machen. Als die Flüchtlinge zum ersten Mal aufgenommen wurden, dachten sie, dass es sich nur um einige Monate handeln würde, aber der Krieg hat sich in die Länge gezogen und es ist nun ungewiss, wann er enden wird. Sowohl die Flüchtlinge als auch die Menschen, die sie aufnehmen, werden müde. Der Umzug von einer Flüchtlingsunterkunft, z. B. einer Turnhalle, in eine Wohnung ist aufgrund des Wohnungsmangels in Deutschland nicht einfach. Wenn sie Kinder im schulpflichtigen Alter haben,

sind sie unsicher, ob sie den Online-Unterricht in den bis zu einem gewissen Grad funktionierenden ukrainischen Schulen fortsetzen und sie gleichzeitig auf deutsche Schulen schicken sollen. Dazu müssten sie auch Deutsch lernen. Die russische Armee wird sich nicht einfach zurückziehen, und es ist auch unwahrscheinlich, dass die ukrainische Armee in kurzer Zeit siegreich sein wird, so dass die Lage insgesamt instabil bleibt.

Ende September strömte an vier Stellen Erdgas aus den Nord Streams 1 und 2 (die nicht in Betrieb genommen wurden) ins Meer. Es wird angenommen, dass es sich um eine Sabotageexplosion handelte. Durch den Unfall wurde die Pipeline außer Betrieb gesetzt. Dies bedeutet, dass kein Gas mehr nach Deutschland fließen kann. Deutschland wird nicht mehr für das Gas zahlen müssen, und die Wirtschaftssanktionen werden damit weiter verschärft.

Darüber hinaus wurde am Samstag, dem 8. Oktober, das digitale Kommunikationsnetz der Deutschen Bahn an zwei weit entfernten Orten unterbrochen, so dass die Züge einen halben Tag lang zum Stillstand kamen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass es sich um Sabotage handelt. In früheren Fällen von Sabotageakten durch linke Gruppen wurde sofort eine Erklärung zu den Sabotageakten abgegeben. In diesem Fall wurde die Sabotage offenbar mit großer Sachkenntnis begangen, und es wurde keinerlei Sabotageerklärung erstattet. Es wurden keine Beweise vorgelegt, die nach Moskau führen. Werden solche Sabotageaktionen in Zukunft zunehmen? In der Ost- und Nordsee liegen Internet-Kommunikationsnetze und Hochspannungsnetze frei und laufen unter Wasser - die EU hat dringend dazu aufgerufen, sich auf den Schutz dieser gefährdeten Infrastrukturen zu konzentrieren und veranstaltet Expertentreffen.

4. Die Furcht vor einem Atomkrieg durch Putin.

German Angst hat einen weiteren Punkt. Das ist die Angst vor der Atomkraft bzw. vor der Strahlung: Der Reaktorunfall von Tschernobyl 1986, bei dem radioaktive Stoffe nach Deutschland gelangten, hat die deutsche Anti-Atomkraft-Bewegung neu belebt und als eine Säule der Bürgerbewegung die deutsche Gesellschaft und Politik stark beeinflusst. Und obwohl der Ausstieg aus der Kernenergie bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein sollte, wurde der Betrieb der drei Reaktoren bis zum 15. April nächsten Jahres verlängert,

und zwar wegen des Krieges in der Ukraine, der zu Stromengpässen zu führen droht. Während Frankreich und andere EU-Mitglieder die Kernenergie als nachhaltige Energiequelle und Maßnahme gegen den Klimawandel begrüßen, schaltet Deutschland alle seine Kernkraftwerke ab. Aus diesem Grund wird gesagt, dass sie sich mehr Sorgen um die Strahlung macht. Deutschland hat eine gemischte Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, der mit immensen Atom- und Strahlungsgefahren verbunden ist.

Kernkraftwerk Saporischschja

Mitten in den schweren Kämpfen in der Ukraine droht Europas größtes Kernkraftwerk Saporischschja schmelzen: ein Druckwasserreaktor sowjetischer Bauart, der zwischen 1985 und 1995 gebaut wurde und eine Nennleistung von 6 x 1 Million KW hat. In der Nähe befindet sich ein Wärmekraftwerk, das die Anlage mit Strom versorgt. Am 4. März wurde das Werk von russischen Truppen erobert. Russische Soldaten greifen ukrainische Truppen am Westufer auf der anderen Seite des Kachowkaer Sees an.

Der Reaktor des Kraftwerks ist von einem Sicherheitsbehälter, der 3 cm Stahl und 2 m Beton umgeben, geschützt, im Gegensatz zum Kraftwerk in Tschernobyl, wo der Reaktor bei einer Kernschmelze explodierte, weil es keinen Sicherheitsbehälter gab. Die Gefahr, durch einen Angriff mit konventionellen Waffen zerstört zu werden, wird als gering eingeschätzt. Die Gefahr besteht, wenn die Stromversorgung ausfällt und die Kühlung unmöglich wird. Sollte es zu einer Kernschmelze kommen, könnte dies, wie in Fukushima geschehen, erhebliche Schäden verursachen.

Noch erschreckender ist die Tatsache, dass auf dem Gelände der Anlage 40 Tonnen angereichertes Uran und 30 Tonnen radioaktiver Plutoniumabfall lagern. Dies erinnert uns daran, dass die Russen in der Kiewer Offensive die Anlage in Tschernobyl besetzten, in der Plutonium gewonnen werden konnte, und die abgebrannten Brennstäbe mitnahmen, als sie sich zurückzogen. Diese Operationen offenbaren die konsequente Absicht Russlands, das nukleare Potenzial der Ukraine, die zu Sowjetzeiten etwa 2.000 nukleare Sprengköpfe besaß, zu berauben oder zu schwächen.

Eine weitere Absicht besteht darin, dass Russland diese radioaktiven Materialien und Abfälle als schmutzige Bomben, so genannte "dirty bombs", einsetzen könnte. Sie würden durch konventionelle Sprengstoffexplosionen verbreitet werden.

Die Anlage wurde von ukrainischem Personal betrieben, aber am 5. Oktober ordnete Präsident Wladimir Putin die Gründung eines staatlichen Unternehmens an, das die Anlage verwalten sollte. Daher verstaatlichte die russische Regierung das Unternehmen am 10. Oktober. Die ukrainische Regierung lehnt die Verstaatlichung durch Russland entschieden ab, und der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Herr Grossi, hat erklärt, dass er die russische Verstaatlichung nicht billigt.

Furcht vor einem Atomkrieg

Während Ministerpräsident Scholz dem ukrainischen Volk dafür gedankt hat, dass es die westlichen Demokratien, darunter auch Deutschland, bei der verzweifelten Verteidigung seines Heimatlandes verteidigt hat, und maximale Unterstützung zugesagt hat, hat er nur zögerlich auf das Verlangen der Ukraine nach Waffen, einschließlich der stolzen deutschen Leopard-2-Kampfpanzer, reagiert. Es wird deutlich, dass er sicherstellen will, dass diese Unterstützung nicht zu einem Vorwand für Putins Eskalation zu einem Atomkrieg wird. Und der Kanzler selbst hat wiederholt von der Gefahr eines Atomkriegs gesprochen. Putin hat wiederholt den Einsatz von Atomwaffen als Folgemaßnahme angedeutet.

Es gibt zwei Arten von Kernwaffen: strategische und taktische. Sollte Putin eine abwerfen, so dürfte es sich um eine taktische Atomwaffe kleineren Umfangs handeln, die als Ergänzung zu konventionellen Waffen eingesetzt werden kann. Die USA verfügen über 150 taktische Atomwaffen, Russland über 1.830.

Nach Angaben des Nagasaki University Centre for Nuclear Abolition Research (Zentrum für die Erforschung der Abschaffung nuklearer Waffen) besitzen folgende Länder weltweit Atomsprengköpfe: Russland 6260 (1600 stationiert), USA 5550 (1800), China 350 (0), Frankreich 290 (280), Vereinigtes Königreich 225 (120), Pakistan 165 (0), Indien 160 (0), Israel 90 (0) und Nordkorea 40 (0).

Die modifizierte russische Grundsatzpolitik für den Einsatz von Kernwaffen im Jahr 2020 sieht zwei Fälle vor. Erstens, im Falle eines Angriffs mit Atomwaffen. Die zweite ist, wenn Russland mit konventionellen Waffen angegriffen wird und seine Existenz als Land bedroht ist. Selbst wenn das ukrainische Militär die besetzten Gebiete der Ukraine, die Russland am 30. September annektiert hat, zurückerobert, kann man kaum sagen, dass die Existenz des russischen Staates bedroht ist, aber es ist nicht klar, ob Putin dies so interpretieren würde.

Experten waren sich einig, dass der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar unwahrscheinlich ist. Denn damit war nichts zu gewinnen. Doch entgegen diesen Erwartungen hat Putin eine rücksichtslose Invasion angeordnet. Entgegen den Erwartungen von Militärexperten und Politikern, die Russland gut kennen, könnte Putin also einen Atombombenabwurf ohne jeden Nutzen anordnen. Auch wenn dies Russland nur weiter isoliert.

Aber selbst wenn Putin eine Atombombe auf die Ukraine abwerfen würde, würden die ukrainische Regierung und das ukrainische Volk nicht kapitulieren. Im Gegenteil, sie wären sogar noch mutiger und würden kämpfen. Derzeit lagert die ukrainische Regierung Wasser und Lebensmittel in Bunkeranlagen und U-Bahnen ein und verteilt Jodtabletten und Schutzkleidung an die Bürger, um sie auf einen Abwurf vorzubereiten.

Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs geht gegen Null, ist aber nicht gleich Null. Schauen wir uns einige Modellstudien zu den möglichen Schäden an. Laut einer Studie von Lili Xia und Alan Robock an der Rutgers State University in den USA (an der übrigens mehr als 300 japanische Studenten vom Ende der Edo-Periode bis zur Mitte der Meiji-Periode studierten).

Nach der Detonation einer Atombombe werden Staub und Trümmer in die Atmosphäre geblasen und verursachen Schäden. Vor allem die Lebensmittelernte wird für 10 Jahre eingeschränkt. Die Zahl der Todesfälle aufgrund von Nahrungsmittelkrisen und des dadurch verursachten Hungertods wird im Modell berechnet.

Erstens würde ein regionaler Atomkrieg (z.B. zwischen Indien und Pakistan) zur Detonation von 100 Atombomben mit einer Sprengkraft von 15.000 Tonnen führen. Dann werden 5 Millionen Tonnen Abfall in die Atmosphäre

geblasen. Erstens würden 27 Millionen Menschen durch die Explosion getötet werden und weitere 255 Millionen würden sterben.

Der nächste Schritt wäre der Ausbruch des Dritten Weltkriegs und eines totalen Atomkriegs.

4.400 Atombomben mit einer Sprengkraft von 100.000 Tonnen würden explodieren. Dies würde weltweit fünf Milliarden Menschen das Leben kosten. Mit anderen Worten: Mehr als die Hälfte der derzeitigen Welt-Bevölkerung würde sterben. In diesem Schadensausmaß sind die Todesfälle durch Strahlung noch nicht enthalten.

Im 20. Jahrhundert entstand durch den Diktator Hitler die Hölle, vor allem in Europa, aber im Rückblick war die 75-jährige Periode eine Periode des Friedens, abgesehen von einigen Kriegen, der Befreiung von Kolonien wie Vietnam und der Krieg im Nahen Osten. Im 21. Jahrhundert sind jedoch die imperialistischen Angriffskriege, die im 20. Jahrhundert als abgeschlossen galten, wieder aufgelebt. Schlimmer noch, dieser Diktator des 21. Jahrhunderts hält den Knopf für Atomwaffen in der Hand, mit denen er die Menschheit auf einen Schlag vernichten kann.

5. Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine

Am 25. Oktober fand in Berlin die Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine statt, die von Kanzler Scholz und Präsident Selenskyj ausgerichtet wurde und an der auch EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen teilnahm. Obwohl die Kämpfe noch andauern, nahmen politische und wirtschaftliche Vertreter beider Länder an der Konferenz teil und tauschten sich über den sozioökonomischen Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg aus. Die Kosten für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und anderer Vermögenswerte werden auf 750 Milliarden Euro (112 Billionen Yen) geschätzt, von denen 550 Milliarden Euro (77 Billionen Yen) aus den im Westen eingefrorenen russischen Vermögenswerten wohl stammen werden. Der Rest wird aus Spenden von Ländern aus aller Welt finanziert.

Inmitten des Angriffskrieges und der Energiekrise in der Ukraine steht Europa nun eine dunkle, kalte und verwirrende Zeit bevor. An diesem Wochenende wird in Deutschland die Sommerzeit auf Winterzeit umgestellt,

so dass es nach 16 Uhr dunkel wird. Es ist eine deprimierende Zeit des Jahres für alle. Das Coronavirus hat nicht aufgehört zu existieren. Es scheint, dass die deutsche Regierung und die Bevölkerung keine andere Wahl haben, als Petrus, den Lieblingswettergott der Menschen, zu bitten, dafür zu sorgen, dass dieser Winter nicht besonders kalt ausfällt. Ironischerweise hat die globale Erwärmung zu langfristigen Prognosen geführt, dass dieser Winter so mild sein wird wie die letzten Jahre. Für die ukrainische Bevölkerung, die den Verlust ihrer Familien, Landsleute, Freunde und Bekannten sowie die Zerstörung ihrer Strom- und Heizungsinfrastruktur zu beklagen hat, wird es jedoch ein noch härterer Winter werden.

(In Berlin, 25. Oktober 2022)